

Abschrift:

Josef Spickermann (1870 – 1947) - deutscher Sejm-Abgeordneter in den 1920er Jahren

"Die Deutschen in Wolhynien"

Seit Monaten gehen den deutschen Abgeordneten Klagen über Bedrückung der deutschen Kolonisten in Wolhynien zu. Mit der Bitte sich ihrer anzunehmen, sind sie in ihrer Not an uns herantreten. Infolgedessen wurde schon während der ersten Deutschen Tagung in Lodz am 10. und 11. September d. J. der Beschluß gefasst, unsere Stammesbrüder in Wolhynien zu besuchen und sich mit Augen und Ohren von den dort herrschenden Zuständen zu überzeugen.

Diesen Beschluß haben wir Abgeordneten, 4 an der Zahl, in der Zeit vom 12. bis 18. d. M. ausgeführt. wir teilten uns in zwei Gruppen. Kollege **H e i k e** und ich haben **R o s h y s z c z e** und **L u c k** besucht. Wir hielten dort Versammlungen ab, die sehr gut besucht waren. Es kamen dort Leute, die bis zu 70 Kilometer weit vom Versammlungsorte wohnten, zusammen und alle hatten nur **K l a g e n** zu berichten; leiden sie doch unausgesetzt seit Beginn des Weltkrieges. Am Anfang desselben wurden sie von den Russen in das Innere des Zarenreiches verbannt und als sie endlich die Möglichkeit hatten, nach ihren Wohnstätten zurückzukehren, fanden sie entweder niedergebrannte Gehöfte vor, oder aber sie waren von Fremden bewohnt und es kostete den Aermsten viel Mühe, ihr Eigentum zurückzuerlangen. Das gelang ihnen nur mit Hilfe der deutschen Okkupanten. Nach Aufhören der Okkupation wurde es wieder Kriegsgebiet zwischen Bolschewiken, Polen und Ukrainern, wobei für sie neue Leiden entstanden. dann kam der Rigaer Friedensvertrag zwischen Polen und Sowjetrußland zustande, und man hätte meinen sollen, daß nunmehr endlich Ruhe und Ordnung in Wolhynien eintreten würden. Doch weit gefehlt! Es herrschen auch weiter geradezu anarchische Zustände: von einer Rechtsordnung ist keine Spur zu finden!

Wo die Kolonisten sogenanntes Zinsland besitzen, oder langfristige Pachtverträge laufen haben, wird ihnen der Boden unter den Füßen verkauft; ja **s o g a r f r e i e s E i g e n t u m** wird häufig nicht anerkannt und Kaufverträge gebrochen. Die polnische Regierung tut nichts, um diesen wilden Zuständen einen Damm entgegen zu setzen. Mit einem Wort: **d i e D e u t s c h e n i n W o l h y n i e n s i n d v o g e l f r e i!** Frauen und Männer baten mit Tränen in den Augen, man möchte ihnen helfen. Auf meine Frage, ob sie sich denn nicht an die polnischen Behörden um Hilfe gewandt hätten, antworteten sie, daß sie an Starosteien, Wojewodschaft, Ministerien, Sejm, ja sogar an den Staatschef Bittschriften geschickt hätten, eine Antwort sei ihnen aber bisher nicht zugegangen.

Unsere Pflicht wird es jetzt sein, den Brüdern in Wolhynien in ihrer schweren Not mit allen nur möglichen Mitteln Hilfe zu bringen, welche Aufgabe dem "Bunde der Deutschen Polens" (Bezirksgruppe Lodz des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte in Polen. D. Red.) zufallen sollte. Eine Ortsgruppe **R o s h y s z c z e** und eine zweite in **L u c k** haben wir gegründet. Es wurden Vorstände gewählt und alle Anwesenden ließen sich als Mitglieder in den Bund aufnehmen. Damit ist schon mit ihnen ein geistiges Band geschaffen. Der dortigen Ortsgruppen harret eine schwere Aufgabe, und um dieser gerecht zu werden, haben sich – wie ich hoffe – die rechten Männer an ihre Spitze gestellt.

Das deutsche Schulwesen liegt in Wolhynien ganz darnieder. Schulen gibt es fast überhaupt nicht. In Roshyszczce z.B. ist zwar ein Schulgebäude, das der evangelischen Gemeinde gehört, vorhanden, es wird aber vom Militär als Pferdestall benutzt. In Luck wurden von einer menschenfreundlichen deutschen Dame und von einigen anderen Personen die größten Anstrengungen gemacht, eine Schule zu gründen, aber wegen Mangel an einem Lokal konnte sie leider bisher nicht eröffnet werden, und auf diese Weise bleiben annähernd hundert Kinder in diesem Orte ohne jeglichen Unterricht. Auf den Dörfern wurde den Deutschen die noch vorhandenen Schulgebäude einfach weggenommen, ganz so wie bei uns in Kongreßpolen, und da hohe evangelisch-augsburgische Konsistorium in Warschau wird dies wohl ganz für richtig befinden, da das doch auch bei uns in der Regel der Fall war. Der größte Kummer, den das Konsistorium mit dem Generalsuperintendenten Bursche an der Spitze hat, ist die Polonisation der wolhynischen Deutschen. In einem Rundschreiben, welches die dortigen Pfarrer vom Konsistorium erhalten haben, wird gefordert, sich im Verkehr mit dem Konsistorium ja nur der polnischen Sprache zu bedienen, ob aber unsere Kolonisten Haus und Hof verlieren, ob sie geistig zugrunde gehen, darum kümmert sich das Konsistorium mit unserem "Bischof" sich nicht. Nur Polonisieren – und das mit Volldampf!

aus: "Deutscher Heimatbote in Polen", Ausgabe 1922, Seite 107 – 109;
gemeinfrei gem. § 64 UrhG

Die Schwierigkeiten waren auch Jahre später noch nicht beseitigt, wie eine Petition der Kolonie Wladyslawowka / Dubno an den Sejm-Abgeordneten August Utta aus dem Jahr 1925 belegt:

Kol. Wladyslawowka, den 13.6.1925

an Herrn August Utta, Sejmabgeordneter in Lodz.

Sehr geehrter Herr Utta!

Verzeihen Sie bitte, wenn wir Sie mit einer Bitte belästigen, aber die Notwendigkeit zwingt uns dazu, wie Sie aus unserem Schreiben ersehen werden.

In unserer Kolonie befinden sich 42 deutsche Wirte. Unsere Schule ist im Jahre 1905 aus Privatmitteln der hiesigen Deutschen gebaut worden und war dann jahrelang deutscher Besitz. Im Jahre 1911 wurde die Schule von der russischen Regierung bestätigt unter der Bedingung, daß in der Schule russisch und deutsch gelehrt werden sollte. Zur Zeit befinden sich in der Schule zwei Lehrer, ein polnischer und ein deutscher. Der polnische Lehrer wurde von Herrn Schulinspektor angestellt und sollte den hiesigen polnischen Kindern jeden Nachmittag Schulunterricht erteilen, ohne die Schulräume als Wohnung zu benutzen. Der deutsche Lehrer hat von der Gemeinde die Erlaubnis, in der Schule zu wohnen. Nachdem die polnische Gemeinde ihrem Lehrer Quartier verweigerte, bezog dieser eigenmächtig die Schule, indem er eigenmächtig den halben Klassenraum als Wohnung für sich und seine Schwester einnahm. Demgemäß war der Klassenraum so eingeengt, daß es nicht mehr möglich war, den Kindern weiterhin Unterricht zu erteilen. Die Folge war eine Beschwerde des polnischen Lehrers an den hiesigen Schulinspektor; dieser gab demgemäß die Erlaubnis, unseren Betsaal als Unterrichtsraum vorläufig benutzen zu dürfen, und alle bisherigen Vorstellungen der Deutschen beim Herrn Schulinspektor waren bisher erfolglos. Nicht genug damit, der polnische Lehrer untersteht sich sogar, den Betsaal als Theatervorstellungsraum einzurichten und wurde nur mit

großer Mühe von den Deutschen daran gehindert. Der polnische Lehrer versicherte den Deutschen, wenn der Betsaal zugeschlossen wird, dann werde er das Schloß selbst abreißen; und eines Tages war der verschlossene Betsaal mit Gewalt geöffnet. Dann sagte der polnische Lehrer wieder, fall ihr den deutschen Lehrer abschaffen werdet, gebe ich euch den Betsaal frei. Jetzt setzt sich der polnische Lehrer mit aller Gewalt darauf, unseren Lehrer aus seinen Wohnräumen zu vertreiben. Seit dem 1. Januar ist unser Lehrer Ludwig Zirkwitz vom Herrn Schulinspektor seiner Amtsstelle wegen angeblicher Untüchtigkeit enthoben worden, und wir sind jetzt ohne Lehrer. Herr Zirkwitz hat aber von der Gemeinde die Erlaubnis, auch noch weiterhin in der Schule wohnen zu dürfen. Wir sind jetzt völlig ratlos, deshalb legen wir unsere Angelegenheit vertrauensvoll in Ihre Hände und sind überzeugt, daß Sie, sehr geehrter Herr Utta, uns helfen werden. Die Gemeinde bittet Sie hiermit dringend, entnehmen Sie bitte diesem Brief eine Beschwerde und unterbreiten sie dieselbe an zuständiger Stelle.

Mit vielem Dank im voraus und treudeutschem Gruß

Die Gemeinde von Wladyslawowka,
Post Mlynów, Kr. Dubno, Wolhynien

Diese Eingabe wurde an das Kultus- und Innenministerium weitergeleitet:

Interpellation

des Abg. Utta und Gen. von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Kultusminister und den Minister des Innern, betreffend Schändung des evangelischen Bethauses und Beschlagnahme der Privatschule durch den dortigen Lehrer in der Kolonie Wladyslawowka, Kreis Dubno.

In der Anlage übersenden wir eine Klageschrift der evangelischen Bevölkerung in Wladyslawowka, Kreis Dubno. Die deutsch-evangelische Bevölkerung in den Ostgebieten hat immer loyal und pünktlich ihre Pflichten gegenüber dem Staate erfüllt, und deshalb trifft sie der in der Klageschrift näher beschriebene Gewaltakt um so schmerzlicher. Es wird so lange keine Rede sein können von einer Sanierung der Verhältnisse und Beruhigung in den Ostgebieten, bis ähnliche Willkür- und Gewaltakte mit aller Rücksichtslosigkeit ausgemerzt werden. Das in der Eingabe dargelegte Verhalten des Lehrers, der mit gutem Beispiel vorangehen und Hüter des Rechtsempfindens sein müßte, untergräbt das Vertrauen und die Zuneigung zum Staate. Deshalb fragen die Unterzeichnenden an:

1. Ist dem Ministerium obiger Gewaltakt gegenüber der evangelischen Bevölkerung in Wladyslawowka bekannt?
2. Was gedenkt das Ministerium zu tun, um der evangelischen Bevölkerung die uneingeschränkte Benutzung ihrer Schule und des Bethauses zu ermöglichen?

Warschau, den 10. Juli 1925

Die Interpellanten

Quelle: Abschrift aus den veröffentlichten Akten des ehemaligen Völkerbundes:

http://biblio-archiv.unog.ch/Dateien/CouncilDocs/C-153-1932-I_EN.pdf (pdf 26,8 MB)

Scan 176 / 177;

als regierungsamtliche Dokumente gemeinfrei gem. § 5 UrhG

Download-Seite: www.myvolyn.de